

Antrag der Fraktion der CDU

Jugendarbeitslosigkeit in der Europäischen Union wirkungsvoll bekämpfen

Die starke Zunahme der Jugendarbeitslosigkeit in der Europäischen Union (EU), insbesondere in den von der Staatsschuldenkrise betroffenen Staaten Südeuropas, hat zu einem dringenden Handlungsbedarf auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene geführt: Enttäuschung und Frustration von Jugendlichen, die für ihre weitere berufliche Zukunft keine Perspektiven sehen, wirken sich negativ auf die Wirtschaftskraft und den Zusammenhalt in Europa aus. Der Fachkräftemangel und die alternde Bevölkerung in der EU verstärken die Notwendigkeit, auf allen Ebenen gegen die Jugendarbeitslosigkeit vorzugehen.

In der EU sind laut International Labour Organisation (ILO) derzeit 7,2 Mio. Jugendliche unter 25 Jahren ohne Arbeit. Durchschnittlich entspricht das einer Quote von 23,6 Prozent, wobei in Spanien und Griechenland etwa jeder zweite Jugendliche keinen Arbeitsplatz hat. Zudem zeichnet sich in diesen Ländern ein Trend zu einer Langzeitjugendarbeitslosigkeit ab. Deutschland weist aufgrund der erfolgreichen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der christlich-liberalen Koalition im Bund mit 5,6 Prozent (Juni 2013) die geringste Jugendarbeitslosenquote in der EU auf. Im Land Bremen liegt die Quote mit 9,4 Prozent jedoch deutlich über dem Bundesdurchschnitt.

Eine nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik und grundlegende Strukturreformen der Arbeitsmärkte, Sozialsysteme und öffentlichen Verwaltungen sind die Voraussetzung, um verlorengegangenes Vertrauen in die EU wiederzugewinnen, die Investitionstätigkeit zu beleben und damit mittel- und langfristig das Wirtschaftswachstum zu stärken und die Jugendarbeitslosigkeit wieder zurückzudrängen. Der von der Bundesregierung auf europäischer Ebene eingeschlagene Konsolidierungsweg ist deshalb fortzusetzen. Kurzfristig sind jedoch weitere Impulse zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa notwendig.

Anfang Juli 2013 einigten sich deshalb die EU-Arbeitsminister auf Initiative der Bundesregierung auf die Bereitstellung und Umwidmung von insgesamt 28 Mrd. Euro zur Förderung der Jugendbeschäftigung in der EU. Von großer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die Beschlüsse von EU-Kommission und Europäischem Rat für eine verstärkte Darlehensvergabe der Europäischen Investitionsbank (EIB) an kleine und mittlere Unternehmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen für junge Menschen. Der Bundestag beschloss außerdem eine Initiative zum „Export“ des dualen Ausbildungs-

systems und der kooperativen Berufsausbildung nach Europa. In vielen Bereichen, wie der Förderung der beruflichen Mobilität und der Arbeitsvermittlung, soll es einen engere Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedsstaaten geben.

Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa ist jedoch nicht nur eine Aufgabe der nationalen Regierungen und der europäischen Institutionen, sondern sie erfordert Kraftanstrengungen auf allen staatlichen Ebenen, ebenso wie von den Unternehmen, Kammern, Gewerkschaften und Verbänden.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich durch eigene Maßnahmen an der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa zu beteiligen, insbesondere durch:
 - a) die gemeinsame Teilnahme mit Vertretern von Kammern, Arbeitsagenturen und interessierten Unternehmen aus Bremen an Jobbörsen und Informationsveranstaltungen in den EU-Krisenstaaten, um das Land Bremen als attraktiven Arbeits- und Ausbildungsort darzustellen sowie über Berufschancen, Ausbildungs- und Praktikummöglichkeiten, Patenschaftsprogramme und Fördermöglichkeiten zu informieren;
 - b) die Beteiligung der Agentur für Arbeit Bremen – Bremerhaven an der internetgestützten Informationsbörse der Europäischen Arbeitsverwaltungen (EURES), die den Austausch zwischen für Bewerbern und Stellenangeboten in der EU koordiniert;
 - c) die Initiierung und Unterstützung von Ausbildungs- und Berufbildungskooperationen mit interessierten Städten und Regionen in EU-Krisenstaaten mit dem Ziel, den Erfahrungsaustausch zu verstärken und die Städte und Regionen beim Aufbau eines betriebsnahen Ausbildungssystems und den dafür notwendigen Strukturen zu unterstützen;
 - d) die schnelle und unbürokratische Erledigung von Meldevorgängen für Arbeitnehmer, Studenten und Auszubildende aus EU-Staaten beim Stadtamt, gezielte Beratungsangebote, u. a. durch die Einrichtung eines „Welcome Centers“ für ausländische Fach- und Führungskräfte, sowie die Verbesserung der Willkommenskultur in bremischen Behörden;
 - e) die Förderung und Beteiligung an Austauschprogrammen, die Jugendliche aus dem europäischen Ausland dabei unterstützen, als Schüler, Studenten, und Auszubildende nach Bremen zu kommen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, bis zum 31.12.2013 ein Konzept zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit im Land Bremen unter Einbeziehung der dafür in der Förderperiode 2014-2020 verfügbaren Mittel aus den europäischen Strukturfonds vorzulegen, das insbesondere folgende Punkte beinhaltet:

- a) Verringerung der in Bremen überdurchschnittlich hohen Schulabbrecherquote und Maßnahmen, die auf das Nachholen von Schulabschlüssen zielen;
- b) Ausbau des Angebots an betrieblichen Praktika in Abstimmung mit den Kammern und Schulen sowie gezielte Bewerbung dieser Angebote;
- c) stärker arbeitsmarktbezogene Berufsorientierung und -beratung der Arbeitsagentur und der Schulen durch Hinzuziehung von Praktikern aus Wirtschaft und Handwerk;
- d) Patenschaftsprogramme zur Begleitung des Ausbildungs- und Berufseinstiegs für junge Menschen in Problemlagen;
- e) Vernetzung der Akteure aus dem Wirtschafts-, Arbeits-, Bildungs-, Jugend- und Sozialbereich, um die vorhandenen Beratungs-, Qualifizierungs- und Beschäftigungsangebote passgenau durchzuführen und Jugendliche in Problemlagen in ihrem Umfeld „abzuholen“;
- f) (Nach-) Qualifizierung von arbeitslosen Jugendlichen ohne Berufsabschluss und Heranführung an den Ersten Arbeitsmarkt;
- g) gezielte Ansprache und Beratungsangebote für Jugendliche mit Migrationshintergrund sowie für junge Alleinerziehende.

Susanne Grobien, Jörg Kastendiek, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU